



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsatzkräfte schützen! VI Opferschutz verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, den Opferschutz für nichtpolizeiliche Einsatzkräfte zu verbessern. Neben flächendeckenden psychologischen und rechtlichen Beratungsangeboten braucht es Aufklärungskampagnen, die dazu beitragen, dass Fälle von Gewalt gemeldet, ausgewertet und zur Anzeige gebracht werden.

Begründung:

Die Dunkelziffer der Fälle von Gewalt gegen Einsatzkräfte ist hoch. Es wird davon ausgegangen, dass nur rund die Hälfte der Fälle körperlicher Gewalt der Einsatzleitstelle gemeldet oder im Einsatzbericht vermerkt – wohl auch, weil vielen Betroffenen der Meldeweg oder auch die rechtlichen Möglichkeiten nicht bekannt sind. Die Erfassung und Analyse solcher Fälle ist aber wichtig, um künftig Übergriffe zu verhindern. Die Ende Mai 2017 in Kraft getretene Strafverschärfung bei Gewalt gegen Polizeibeamte und Einsatzkräfte kann letztendlich auch nur dann Wirkung entfalten, wenn Fälle zur Anzeige gebracht werden. Gleichwohl ist für viele Betroffene das Erleben verbaler und physischer Gewalt oftmals auch mit Scham und Ängsten verbunden. Deshalb braucht es ausreichende Hilfestellungen, um Betroffene bei der Aufarbeitung des Erlebten zu unterstützen.